

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

20.04.2005

589. Interpellation von Bruno Sidler und Theo Hauri betreffend Zürcher Asylkonferenz in Olten, Kosten und Ergebnisse

Am 20. Oktober 2004 reichten die Gemeinderäte Bruno Sidler (SVP) und Theo Hauri (SVP) folgende Interpellation GR Nr. 2004/537 ein:

Die Asylpolitik gehört zu den Kernthemen der Bundespolitik, die Umsetzung der Massnahmen erfolgt über die Kantone durch die Gemeinden. Trotzdem betreibt der Zürcher Stadtrat eine eigene Asylpolitik und führte am 7. September 2004 bereits die zweite Zürcher Asyl-Konferenz unter Federführung von Stadtpräsident Elmar Ledergerber durch – und zwar in Olten. In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Die Zürcher Asylkonferenz fand in Olten statt, warum nicht in Zürich?
2. Wie hoch belaufen sich die Kosten für die Stadt Zürich? Wurden diese Kosten budgetiert? Unter welchem Konto werden diese Kosten verbucht?
3. Welche konkreten Ergebnisse haben die asylpolitischen Aktivitäten im Jahr 2003 und 2004 erbracht? Es wird um genaue Auflistung mit Angabe von Resultaten gebeten.
4. In welcher konkreten Form wurden diese Ergebnisse an den Bund herangetragen, um in dessen Asylpolitik Eingang zu finden?
5. Welche konkreten Schritte hat der Stadtrat unternommen, um den Kanton Zürich zu veranlassen, in asylpolitischen Belangen für die Gemeinden beim Bund wirksam vorstellig zu werden?

Auf den Antrag der Vorsteherin des Sozialdepartements beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Zürich ist als grösste Schweizer Stadt den Auswirkungen der immer restriktiver werdenden Asylpolitik des Bundes am stärksten ausgesetzt. Gerade das ist aber ein gewichtiger Grund, die Vernetzung mit anderen Städten zu pflegen, die in vergleichbarer Art von den Auswirkungen betroffen sind und daher das Interesse an einer pragmatischen und stadtverträglichen Asylpolitik teilen. Dieser Wille zu einem gemeinsamen Engagement zusammen mit andern Städten fand seinen Ausdruck in der Wahl des Austragungsortes Olten, das geografisch und insbesondere auch verkehrstechnischer Knotenpunkt in der Mitte der Schweiz ist.

Zu Frage 2: Die Nettokosten für die Zürcher Asylkonferenz 2004 beliefen sich auf Fr. 39 773.40 und wurden wie folgt verbucht:

Konto Nrn.	Bezeichnung	Betrag Fr.
3100	Büromaterial	62.70
3101	Druckkosten	8 602.10
3161	Mieten, Benützungskosten	6 725.--
3170	Reisespesen	94.80
3180.101	Entschädigung Dritter, Veranstaltungen	33 128.50
3180.101	Entschädigung Dritter, Veranstaltungen (In der Rechnung 2005 belastet)	683.25
3180.902	Entschädigung Dritter, Besondere Veranstaltungen	3 207.05
4330	Tagungsgelder der Teilnehmenden	-12 730.--
Nettokosten Asylkonferenz 2004		39 773.40

Nettobelastung Kostenstelle 5500	30 000.--
Nettobelastung Kostenstelle 1500	9 773.40

Zu Frage 3: Auf die Veröffentlichung des Asyl-Manifests im Januar 2003 hat der Stadtrat ein überwältigendes und grossmehrheitlich sehr positives Echo erhalten. Dem Ziel, der festgefahrenen und sehr einseitig geführten Asyldebatte zu einer Versachlichung zu verhelfen und einem lösungsorientierten Pragmatismus wieder mehr Raum zu verschaffen, dienten auch die Zürcher Asylkonferenzen, die am 18. September 2003 in Zürich und am 7. September 2004 in Olten durchgeführt wurden.

Eine überaus positive Wirkung kann dem Pilotprojekt Gemeinnützige Einsatzplätze für Asyl Suchende (GEP) attestiert werden. Das erfolgreiche Pilotprojekt ist der Tatbeweis, dass der im Asylmanifest geforderte Pragmatismus im Umgang mit Menschen, die hier um Asyl ersuchen, zugunsten aller Beteiligten bestens funktionieren kann.

Als Erfolg dieser Aktivitäten konstatiert der Stadtrat, dass die nicht einfache Situation der Städte breiter wahrgenommen wird und zum Teil auch wieder eine realistische und pragmatische Diskussion möglich geworden ist. Dabei geht es auch um «weiche» Resultate. Wenn Asyl Suchende in der Bevölkerung auch als Menschen wahrgenommen werden, die – zum Beispiel im Rahmen des Pilotprojekts GEP – ihren Beitrag an das gesellschaftliche Zusammenleben leisten, dient das dem Abbau von Vorurteilen und Stereotypen, die einem sachlichen Zugang zu sinnvollen Lösungen oftmals im Wege stehen.

Zu Frage 4: Gegenüber dem Bund hat der Stadtrat im Rahmen der üblichen Vernehmlassungsverfahren, zum Teil über den Städteverband und zum Teil auch im direkten Austausch mit Bundesvertretern und Zürcher Parlamentarierinnen und Parlamentariern, seine asylpolitischen Anliegen deutlich gemacht. Dabei hat das Asylmanifest eine Türöffnerfunktion gezeitigt. Der Stadtrat hat den Eindruck, dass die städtischen Anliegen in Bern heute eher gehört werden.

Zu Frage 5: Der Stadtrat hat im direkten Austausch mit Mitgliedern des Regierungsrates verschiedentlich asylpolitische Fragen diskutiert. Leider hat sich der Regierungsrat nicht dazu entschliessen können, dem städtischen Ersuchen zu entsprechen und das Pilotprojekt Gemeinnützige Einsatzplätze für Asyl Suchende mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen.

Das direkte Gespräch über Asylthemen hat der Stadtrat überdies mit den Zürcher Vertreterinnen und Vertretern im National- und Ständerat und Ständerätinnen an den traditionellen und regelmässigen Treffen geführt.

Mitteilung an den Stadtpräsidenten, die Vorstehenden des Departements der Industriellen Betriebe und des Sozialdepartements, die übrigen Mitglieder des Stadtrates, den Stadtschreiber, den Rechtskonsulenten und den Gemeinderat.

Für getreuen Auszug
der Stadtschreiber